

Stephan Roth
Herbert Exenberger

Die „Illegale Flugblattsammlung“ des DÖW¹

(Aus: *Bewahren Erforschen Vermitteln. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*, hrsg. vom DÖW, Wien 2008)

Ich bin das Flugblatt, Signal der Zelle,
Und nie verstummt, wo der Terror auch haust,
Am Feld, im Werk, an der Stempelstelle,
Zerlesen, zerdrückt von der schwielen Faust.
Und weitergegeben, ein Satz allein:
Wir waren, wir sind und wir werden sein!

Ich bin das Flugblatt, das täglich erscheint.
Gedruckt vom Heer der geheimen Pressen,
Verfolgt, beschlagnahmt vom blutigen Feind.
Und killt ihr die Setzer, stampft ihr mich ein:
Wir waren, wir sind und wir werden sein!²

Dieses Gedicht, das wenige Monate nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes der österreichischen Arbeiterbewegung im Februar 1934 in einigen kommunistischen Zeitungen erschienen ist, umreißt sehr anschaulich die Aufgaben illegal erscheinender Zeitungen in Diktaturen. Auch führt es die umfassende Veränderung der Medienproduktion unter diktatorischen Bedingungen vor Augen.

Anfang der 1970er Jahre entdeckte die Forschung ihr Interesse an den so genannten Einblattgedichten als politische, (kultur-)historische bzw. literarische Gattung. Mit der Zeit setzte sich die Ansicht durch, dass dieses Medium unge-

-
- 1 Der vorliegende Text basiert auf einem Vortrag von Stephan Roth, der im Rahmen der von der Staatsbibliothek zu Berlin und der Editionswissenschaft der Freien Universität Berlin veranstalteten Tagung „Flugblätter vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart“ am 25. März 2006 gehalten wurde.
 - 2 Dieses Gedicht erschien erstmals in *Arbeiter-Stimme*. Organ der Kommunistischen Partei Leoben, 1. Jg., Nr. 2, Anfang Juni 1934, DÖW Bibliothekssignatur 4007a/9 (Bestand Illegale Flugblattsammlung); später wurde es in anderen illegalen Zeitungen veröffentlicht: *Der rote Stern*. Organ der KPÖ und des Schutzbund (Favoriten); *Volkswacht*. Nachrichten- und Propagandaorgan der Kommunistischen Partei für St. Pölten, Jänner 1935.

achtet seiner begrenzten Ausdrucksmöglichkeit in der Lage ist, die politische, kulturelle und medienhistorische Situation seiner Zeit auf hohem Niveau abzubilden. Aus der österreichischen Perspektive ist es besonders für die Periode von 1933 bis 1945 interessant zu beobachten, wie aus regelmäßig erscheinenden Zeitungen mit personell gut ausgestatteten Ressorts und einer breiten Berichterstattungspalette in Zeiten politischer Illegalität unregelmäßig erscheinende Blätter wurden, die sich auf politische Kernaussagen beschränken mussten.

Seit Beginn der Flugblatt-Sammeltätigkeit des DÖW steht weniger ein formaler als ein inhaltlicher Aspekt im Vordergrund. Es war und ist nicht Ziel des Archivs, eine möglichst komplette Kollektion der publizistischen Gattung *Politisches Flugblatt* zu erstellen, sondern vielmehr den publizistischen Widerstand gegen zwei in ihrer Ausprägung unterschiedliche diktatorische Regime inhaltlich zu dokumentieren.

Formal gesehen ist der Flugblattbestand des DÖW daher keine reine Sammlung von Einblattgedrucken. Er beinhaltet neben Flugblättern und Flugschriften sowohl Streuzettel, eine große Anzahl von Tarnschriften und illegal erschienenen Zeitungen für den Zeitraum von 1933 bis 1945 als auch Dokumente der Herrschaftspropaganda. Diese konzentrieren sich vor allem auf den Zeitraum rund um den „Anschluss“ im März 1938. Bis zum 12. März 1938 sind es Streuzettel und Flugblätter der austrofaschistischen Vaterländischen Front, danach Propagandamaterialien der Nationalsozialisten unter anderem für die fingierte Volksabstimmung vom 10. April 1938. Hinzu kommen aber auch Flug- und Streuzettel der Alliierten, die im Laufe des Zweiten Weltkrieges als Frontpropaganda in Umlauf gebracht wurden.

Abriss zum publizistischen Widerstand in Österreich von 1933 bis 1945

Die Periode des „autoritären Ständestaates“ (1933/34–1938)

Die illegale österreichische Presse – im Wesentlichen der im Untergrund wirkenden österreichischen Arbeiterbewegung – konnte nach der Annexion Österreichs im März 1938 auf einen in den vorangegangenen vier Jahren aufgebauten Erfahrungsschatz zurückblicken. Sozialdemokratische, freigewerkschaftliche und kommunistische Medien hatten sich nach der Ausschaltung des Parlaments am 4. März 1933 immer stärker mit um sich greifenden Einschränkungen der Pressefreiheit konfrontiert gesehen. Durch das Verbot des Republikanischen Schutzbundes, der KPÖ und anderer Organisationen konnten deren Presseerzeugnisse spätestens nach den Februarereignissen 1934 nicht mehr legal erscheinen.

Mit dem Ziel, das Meinungsmonopol des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes zu brechen, entfaltete sich mit der Zeit eine breite illegale Publikationstätigkeit. So

sahen die Revolutionären Sozialisten (RS) in der illegalen Zeitung das wichtigste Instrument gegen die Unterdrückung:

„Die wichtigste Waffe einer verbotenen politischen Partei war zu allen Zeiten die illegale Zeitung. Durch sie schleudert die unterdrückte Partei der Gewaltherrschaft ihre Anklage entgegen; ihre verbotenen Blätter decken die Korruption und Gewalttätigkeit des staatlichen Unterdrückungsapparates auf. Mit ihrer Hilfe verbreitet die illegale Bewegung die Wahrheit über alle Vorgänge des öffentlichen Lebens, in ihrer Presse vermittelt sie den Massen ihre Absichten und Ziele. Der Kampf zwischen der illegalen Bewegung und der Diktatur ist daher zu einem großen Teil ein Kampf um die verbotene Zeitung.“³

Unterstützung erhielt der soziodemokratische Widerstand durch das von Otto Bauer geleitete Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten (ALÖS) in Brünn. Im ALÖS wurden die *Arbeiter-Zeitung* und das theoretische Organ *Der Kampf* konzipiert und redigiert. Mit Unterstützung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei wurden die Publikationen vor allem in der Druckanstalt Graphia in Karlsbad auf Dünndruckpapier hergestellt⁴ und von dort nach Österreich geschmuggelt. Über die Schmuggeltätigkeit des ALÖS geben die so genannten „Expeditionsbücher“⁵ von Josef Pleyl⁶ Auskunft. Pleyl war für den Vertrieb aller illegalen Druckerzeugnisse des ALÖS nach Österreich zuständig. Gegen alle Regeln konspirativen Arbeitens dokumentierte er Auflagenhöhe, Transportwege, Transporteure, Absatzgebiet, Gewicht und ande-

3 *Die Revolution*. Organ der Revolutionären Sozialisten Österreichs, 4. Jg., Oktober 1937. Diese und weitere Ausgaben befinden sich unter der Bibliothekssignatur 4028a/1 (Bestand Illegale Flugblattsammlung) im DÖW.

4 Bei Graphia in Karlsbad erschien eine Reihe antifaschistischer Publikationen wie etwa: Gerhart Seger, Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten, Karlsbad: Verlagsanstalt Graphia 1934; Julius Deutsch, Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen, Karlsbad: Verlagsanstalt Graphia 1934.

5 Die handschriftlichen Originale befinden sich unter den Akten-Signaturen 6800/a bis 6800/h im DÖW.

6 Josef Pleyl (1900–1989) war Partei- und Gewerkschaftsfunktionär der SDAPÖ, 1930–1934 Mitglied des Bundesrates. Während des Bürgerkrieges im Februar 1934 Mitglied der Kampfleitung im Ahornhof und Mitorganisator der Flucht Otto Bauers in die Tschechoslowakei. Nach dem „Anschluss“ flüchtete Pleyl aus der Tschechoslowakei nach Schweden, wo er unter anderem Obmann der Gruppe österreichischer Gewerkschafter in Schweden wurde. 1946 Rückkehr nach Österreich, neben Funktionen in SPÖ und Gewerkschaft war er bis 1961 Abgeordneter zum Wiener Landtag.

re Daten zum gesamten durch das ALÖS verbreitete Material für die Jahre 1934 bis 1937.

Der KPÖ gelang es bis zum März 1938 ebenso, kontinuierlich Zeitungen herauszugeben. Die Kommunisten bewerteten die Bedeutung ihrer Untergrundpresse 1935 folgendermaßen:

„Unsere illegale Presse ist heute kaum zwei Jahre alt, aber in der kurzen Zeit ihres Bestehens hat sie ruhmreiche Seiten in die Geschichte des proletarischen Klassenkampfes in Österreich geschrieben. Diese Seiten erzählen von einer gewaltigen Arbeit unzähliger namenloser Proleten, erzählen von einem unerhörten Opfermut, vom steten Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung des faschistischen Staates, trotz Bedrohung durch Polizei, Kerker, Gericht und Anhaltelager.“⁷

Nicht unerwähnt bleiben soll die illegale Presse der seit 19. Juni 1933 verbotenen österreichischen Nationalsozialisten, die breiteste Förderung durch das deutsche NS-Regime erhielten. Ab Sommer 1936 gingen die Bemühungen dahin, die illegale NS-Presse zu zentralisieren – so wurde eigens in Wien ein Gaupresseamt eingerichtet.⁸ Verschiedene illegale Zeitungen sollten durch den *Österreichischen Beobachter*⁹ ersetzt werden. Darüber hinaus erschienen noch andere illegale NS-Zeitungen, wie etwa *Der Kleine Stürmer*¹⁰, ein hektographiertes Blatt, das sich an Julius Streichers Hetzblatt *Der Stürmer* orientierte.

Die Periode des Nationalsozialismus (1938–1945)

Mit der nationalsozialistischen Besetzung Österreichs im März 1938 änderten sich die Rahmenbedingungen illegaler Presseproduktion grundlegend. War während des ständestaatlichen Regimes ein nahezu regelmäßiges Erscheinen illegaler Zeitungen noch möglich gewesen, wurde dies unter den Bedingungen

7 *Der Funktionär*. Funktionär-Organ der KPÖ, Nr. 2, Dezember 1935. Diese und weitere Ausgaben befinden sich unter der Bibliothekssignatur 4007a/15 (Bestand Illegale Flugblattsammlung) im DÖW.

8 Ernst Handschmann, Gaupresseamt mit Falltür und Strickleiter, in: Nationalsozialistischer Gaudienst. Pressedienst der Gauleitung Wien der NSDAP und aller Gliederungen. Die illegale Presse. Sonderausgabe anlässlich der Ostmarkpressefahrt 9. März 1939, Wien 1939, o. P.

9 Ausgaben von *Der Österreichische Beobachter* befinden sich unter der Bibliothekssignatur 4003 (Bestand Illegale Flugblattsammlung) im DÖW.

10 Ausgaben von *Der Kleine Stürmer* befinden sich unter der Bibliothekssignatur 4003d/30 (Bestand Illegale Flugblattsammlung) im DÖW.

der Nazidiktatur fast unmöglich, da die Gestapo mit ihrem weit verzweigten Spitzelapparat fast jede Widerstandsgruppe zerschlug. Illegale Zeitungen konnten nur mehr fallweise über kurze Zeiträume herausgebracht werden; auch hatten sie größtenteils den Charakter von Flugblättern.

Für die Zeit von 1938 bis 1945 liegen im DÖW illegale Periodika nur zu einem kleinen Teil im Original oder in Kopie vor. Vielfach kann deren Existenz lediglich durch Akten der Gestapo wie z. B. den Tagesrapporten der Gestapoleitstelle Wien oder Justizakten rekonstruiert werden. Als Beispiel sei hier die Zeitung *Der rote Stoßtrupp*¹¹ des jungen Grazer Lehrers und Lyrikers Richard Zach¹² erwähnt, der aufgrund seiner kommunistischen Widerstandstätigkeit am 27. Jänner 1943 in Berlin hingerichtet wurde.

Dem politisch organisierten Widerstand kam eine wichtige Bedeutung zu. Unter den Bedingungen des NS-Informationsmonopols bot die Aufrechterhaltung organisatorischer Strukturen Möglichkeiten zum Informations- und Meinungsaustausch unter Gleichgesinnten und die Entwicklung und Verbreitung einer großteils einheitlichen Linie. Vorsicht war jedoch immer geboten, so musste etwa am Arbeitsplatz bei Gesprächen zur Gewinnung neuer Mitglieder immer die Möglichkeit bedacht werden, dass der oder die Neue ein Gestapo-Spitzel sein könnte. Öffentliche Empörung über Versorgungsengpässe, die politische Führung oder gar das Schicksal der jüdischen Bevölkerung war unter Bedachtnahme auf die Sicherheit der eigenen Organisation verboten.

Die konspirative Verbreitung von Flugblättern stellte ein Durchbrechen des politischen Meinungsmonopols dar und bot darüber hinaus die Möglichkeit, mit einer breiteren Öffentlichkeit in Kontakt zu treten. Ein Kontakt allerdings, der viel Risiko barg: Papier war rationiert, Vervielfältigungsmaschinen waren sperrig und schwer zu verstecken, die Zwischenlagerung und Verbreitung musste unbemerkt erfolgen und die Gestaltung der Flugblätter musste trotz begrenzter Möglichkeiten auffällig sein, um die Botschaft schnell an die RezipientInnen zu bringen, bevor diese das Flugblatt möglicherweise wegwarfen.

11 Die Herstellung von *Der rote Stoßtrupp* wurde im Urteil des Reichskriegsgerichts vom 17. August 1942 Richard Zach zur Last gelegt. Er und sein Mitstreiter Josef Red wurden wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode, andere Beteiligte zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Eine Kopie des Urteils liegt unter der Akten-Signatur 3638 im DÖW.

12 Richard Zach (1919–1943) schloss sich nach den Februarkämpfen 1934 illegalen kommunistischen Jugendgruppen an und absolvierte in Graz die Bundeslehrerbildungsanstalt. Nach kurzer Tätigkeit als Lehrer wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Anfang 1941 war Zach wieder Lehrer in Graz und setzte seine Widerstandstätigkeit fort. Am 31. 10. 1941 wurde er verhaftet und von einem Militärgericht in Berlin am 18. 8. 1942 wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt und in Berlin-Brandenburg hingerichtet.

Widerstand von SozialistInnen und KommunistInnen

Nach dem „Anschluss“ 1938 war der Leitung der Revolutionären Sozialisten (RS) klar, dass die in den Jahren davor eingeschlagene Linie zur Gänze geändert werden musste. Um die eigenen Kader nicht „... sinnlos in eine Aktivität zu opfern, die zunächst ins Leere verpufft, war überdies für die ersten Monate nach der Annexion ein allgemeines Tätigkeitsverbot notwendig“, schreibt der ZK-Obmann der RS Joseph Buttinger unter dem Pseudonym Gustav Richter in der in Paris erschienenen sozialistischen Exilzeitung *Der sozialistische Kampf*.¹³ In der Folge zirkulierten unter den Funktionären Verhaltensmaßregeln, worin unter anderem festgelegt wurde, vorerst keinen Materialvertrieb zu organisieren – trotzdem sind bis 1940 Flugschriften der RS nachweisbar.

Die KPÖ ließ bis 1939 neben ihrem Zentralorgan *Die Rote Fahne*¹⁴ auch Tarnschriften¹⁵ mit unverfänglichen Umschlagblättern in der Pariser Druckerei „Coopérative Étoile“ herstellen. Nach der Besetzung Frankreichs organisierte die KPÖ ihre zentralen „Literatur-Stellen“ in Österreich.

Bis zum Angriff Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion stellte der in der KP-Basis nicht sehr populäre deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom August 1939 einen viel diskutierten Aspekt dar. Adressaten der vielfältigen Flugblätter bis 1945 waren aber nicht nur die eigenen Kader, sondern auch eine nichtkommunistische Öffentlichkeit.

Eine besondere Rolle spielte die 1942 von Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes herausgegebene Zeitung *Der Soldatenrat. Organ der Soldatenräte der deutschen Wehrmacht im Sektor-Südost*¹⁶, von der vier Ausgaben nachgewiesen werden können und die darauf abzielte, Wehrmachtangehörige gegen das Regime aufzubringen. Die selbst gestellte Aufgabe wurde folgendermaßen umrissen:

„Unsere Zeitung. In vielen hunderten Kompanien und in allen größeren Einheiten haben sich Soldatenräte gebildet. Ihr Ziel ist Schluß zu machen

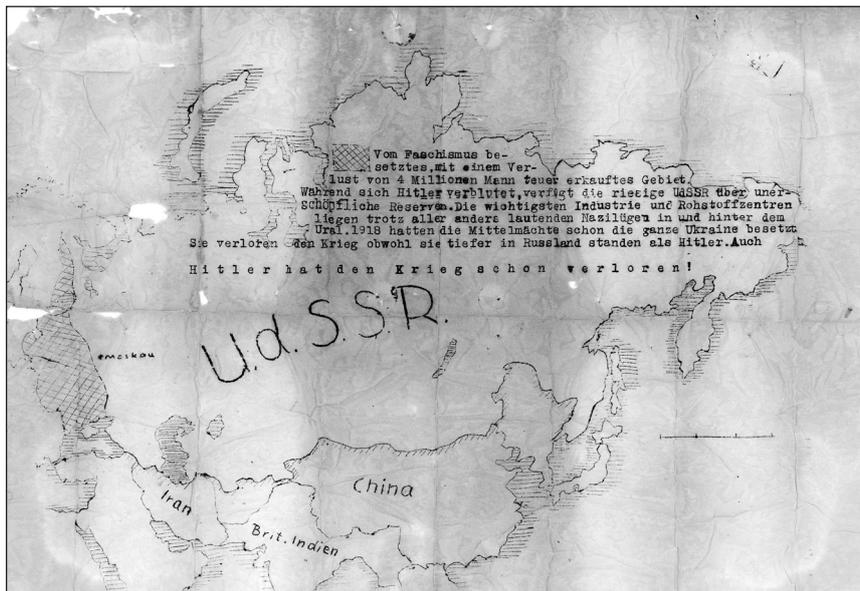
13 Gustav Richter (d. i. Joseph Buttinger), Die neuen Kampfbedingungen, in: *Der sozialistische Kampf*, Nr. 3, 2. Juli 1938, S. 51 ff. Alle Ausgaben von *Der sozialistische Kampf* befinden sich unter der Bibliothekssignatur 4010/2 (Bestand Illegale Flugblattsammlung) im DÖW.

14 Ausgaben von *Die Rote Fahne* befinden sich unter der Bibliothekssignatur 4015 (Bestand Illegale Flugblattsammlung) im DÖW.

15 Vgl. Heinz Gittig, Bibliographie der Tarnschriften 1933 bis 1945, München 1996.

16 Unter der Bibliothekssignatur 4063/4 (Bestand Illegale Flugblattsammlung) befinden sich Originale von *Der Soldatenrat* (Ausgaben Nr. 1, 2 und 4) im DÖW.

mit Krieg und Faschismus. Sie kämpfen für die Interessen der völlig entrechteten deutschen Soldaten und wo es möglich ist, vertreten sie ein Recht gegenüber den Vorgesetzten. Die Zeitung soll die Verbindung zwischen den Soldatengruppen an der Front und in die Heimat festigen und die Kameraden, die noch nicht zu uns gehören, aufklären. Soldaten schreiben hier für Soldaten. Artikel und Berichte, die ihr uns schicken wollt, gebt am besten dem Genossen, von dem ihr diese Zeitung erhalten habt. Sammelt auch fortlaufend Feldpostnummern von Kameraden, die noch der Aufklärung bedürfen.“¹⁷



Illegales Flugblatt des Kommunistischen Jugendverbands, Verfasser: Walter Kämpf (1920–1943).

Die zu dem Zeitpunkt von der Deutschen Wehrmacht besetzten Gebiete sind schraffiert eingezeichnet und wirken im Verhältnis zum vielfach größeren nicht besetzten Teil der UdSSR unbedeutend.

Im Kontext mit der vom Kommunistischen Jugendverband (KJV) organisierten „Gruppe Soldatenrat“ sei auf eines der gelungensten Beispiele für illegale Flugblattpropaganda zwischen 1938 und 1945 hingewiesen. Es handelt sich um

¹⁷ *Der Soldatenrat*, Nr. 1, 1942. DÖW Bibliothekssignatur 4063/4 (Bestand Illegale Flugblattsammlung).

ein im September 1941 verbreitetes querformatiges Flugblatt, das eine schematische Landkarte der UdSSR zeigt.¹⁸ Die zu dem Zeitpunkt von der Deutschen Wehrmacht besetzten Gebiete sind schraffiert eingezeichnet und wirken im Verhältnis zum vielfach größeren nicht besetzten Teil der UdSSR unbedeutend. In dem kurzen Text heißt es, dass selbst die Eroberung dieses kleinen Teils der UdSSR mit dem Tod von vier Millionen Soldaten „teuer erkaufte“ wurde und dass die Mittelmächte schon 1918 tiefer in Russland standen als Hitler und trotzdem den Krieg verloren hätten. Der Text endet mit dem in gesperrter Schrift hervorgehobenen Satz: „Hitler hat den Krieg schon verloren!“

Die Verbreitung des Flugblattes erfolgte, wie schon in der ersten Ausgabe von *Der Soldatenrat* erwähnt, zum Teil per Brief an Soldaten, deren Feldpostnummern in Erfahrung gebracht worden waren. Auch bei nur kurzer Betrachtung des Flugblattes blieben die optische Botschaft und der hervorgehobene letzte Satz hängen und hatten beim Rezipienten vielleicht Gedanken evozieren können, die mit der nationalsozialistischen Siegespropaganda nicht in Übereinstimmung gebracht werden konnten und den Angriff auf die Sowjetunion in Frage stellten.

Die jungen WiderstandskämpferInnen waren sich durchaus bewusst, welches Risiko sie eingingen. Nach ein, zwei Jahren wurden fast alle Mitglieder der „Gruppe Soldatenrat“ verhaftet. Elfriede Hartmann – ein Mitglied des KJV, der eng mit der „Gruppe Soldatenrat“ kooperierte – schrieb am 15. September 1943 in einem aus dem Gefängnis geschmuggeltem Kassiber an ihre Eltern:

„Wegen mir macht euch keine Sorgen, ich bin nicht im Geringsten erschrocken, dass ich schon in einer Woche Verhandlung habe. Im Gegenteil, diese Tatsache hat fast beruhigend auf mich gewirkt. Ich gebe mich keinerlei Illusionen hin [...] auch ihr dürft euch keinen Illusionen hingeben, ihr müsst den Dingen gefasst ins Auge blicken. Bitte, ihr müsst mit der Überzeugung zur Verhandlung kommen, dass es für mich nur ein Urteil geben kann. [...]“¹⁹

Elfriede Hartmann und ihren Mitstreitern Friedrich Mastny und Walter Kämpf wurde die Herstellung und Verbreitung der „staatsfeindlichen Hetzschriften“ *Die Rote Jugend*²⁰ und *Der Soldatenrat* sowie die Vorbereitung von „Sabotageakten“ vorgeworfen, weshalb sie vom Volksgerichtshof wegen „Vorberei-

18 Ein Original befindet sich unter der Bibliothekssignatur 4074/221 (Bestand Illegale Flugblattsammlung) im DÖW.

19 Das Original befindet sich unter der Akten-Signatur 20222/A9 im DÖW.

20 Ausgaben von *Die Rote Jugend* befinden sich unter der Bibliothekssignatur 4063/33 (Bestand Illegale Flugblattsammlung) im DÖW.

tung zum Hochverrat und Feindbegünstigung“ zum Tode verurteilt wurden.²¹ Alle drei wurden am 2. November 1943 im Landesgericht Wien hingerichtet.

Katholisch-konservativer Widerstand

Auch für religiöse Schriften wie etwa Pfarrzeitungen wurden vom NS-Regime Verbreitungsverbote ausgesprochen. Mehrere der katholisch-konservativen Widerstandsgruppen nutzten das Instrument der illegalen Presse, um ihren Mitgliedern Rückhalt zu bieten und in bescheidenem Maß gegen die NS-Presse vorzugehen.

Ende 1939 ging die unter der Leitung Karl Lederers stehende „Österreichische Freiheitsbewegung“ dazu über, in unregelmäßiger Folge die im Durchschlagsverfahren hergestellte Flugschrift *Was nicht im V. B. steht*²² herauszugeben. Die Flugschriften wurden – versehen mit der Maßgabe die Inhalte an alle dafür empfänglichen Personen auszuhändigen – an die Mitglieder der Bewegung weitergegeben. Karl Lederer und andere Mitglieder der Widerstandsgruppe wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt und 1944 im Landesgericht Wien hingerichtet.²³

Ein anderes Beispiel für publizistisch tätige konservative Widerstandsgruppen war die von Salzburg aus agierende Organisation „Heimatfront“. Von Mai bis August 1940 brachte die von Johann Graber zusammengehaltene Gruppe 17 Folgen ihrer Flugschrift *Hör zu! Kampfblatt der Heimatfront*²⁴ heraus. Man bekannte sich zu einer gewaltsamen Losreißung Österreichs vom Dritten Reich und plädierte für die Errichtung eines selbstständigen Österreichs – allerdings mit einer ständischen Verfassung.²⁵

21 Elfriede Hartmann und Friedrich Mastny wurden vom Volksgerichtshof am 22. September 1943 zum Tod verurteilt. Eine Kopie des Urteils liegt unter der Akten-Signatur 19793/56 im DÖW. Walter Kämpf wurde bereits am 17. April 1943 vom Volksgerichtshof zum Tod verurteilt, auch von diesem Urteil liegt unter der Akten-Signatur 19793/74 eine Kopie im DÖW.

22 V. B. steht für *Völkischer Beobachter*, Zentralorgan der NSDAP.

23 Karl Lederer wurde am 3. März 1943 vom Volksgerichtshof zum Tod verurteilt und am 10. Mai 1944 im Landesgericht Wien hingerichtet. Eine Kopie des Urteils liegt unter der Akten-Signatur 20000/L 135 im DÖW.

24 Auszüge von *Hör zu!* können im Volksgerichtsurteil vom 9. März 1943 gegen Ferdinand Steindl und acht weitere Mitglieder der Gruppe „Heimatfront“ nachgewiesen werden. Unter der Akten-Signatur 4275 liegt eine Kopie des Urteils im DÖW.

25 Johann Graber wurde am 2. Dezember 1943 vom Volksgerichtshof zum Tod verurteilt und am 18. Februar 1944 in München-Stadelheim hingerichtet. Eine Kopie des Urteils liegt unter der Akten-Signatur 18092 im DÖW.

Das Kriegsende in Sicht

Mit der sich abzeichnenden Niederlage des NS-Regimes kam es zu einer Zunahme der illegalen Publizistik aus den unterschiedlichsten politischen Richtungen, auch um sich mit Vorstellungen hinsichtlich eines Nachkriegsösterreichs auseinanderzusetzen. So lassen sich zehn Folgen vom *Mitteilungsblatt der österreichischen Freiheitsbewegung*²⁶ durch Tagesrapporte der Gestapo-Leitstelle Wien ab 15. Mai 1944 nachweisen.²⁷ Darin wird der Zusammenschluss aller antifaschistischen Parteien zur Befreiung Österreichs propagiert und Aufforderungen zur totalen Sabotage sowie Berichte zum Vormarsch der Alliierten veröffentlicht.

Ende Dezember 1944 erschien die erste Nummer der Zeitung *Der Österreichische Freiheitskampf. Antifaschistisches Blatt für Frieden, Freiheit und Einigkeit*²⁸, von dem bis März 1945 sieben Folgen mit jeweils etwa 2000 Stück im Raum Wien in Umlauf gebracht wurden.²⁹ Friedenschancen für 1945, Kriegsverbrecherproblematik und aktuelle Aufgaben der WiderstandskämpferInnen waren Thema.

Die *Arbeiter-Zeitung. Organ der österreichischen Sozialisten* erschien im April 1945 erstmals seit 1938 und konnte aus der Schweiz nach Österreich geschmuggelt werden.³⁰

Entstehung der „illegalen Flugblattsammlung“ des DÖW – Umfang, Resümee und Ausblick

Bereits seit der Gründung des Archivs wird am Flugblattbestand gearbeitet. Schon damals war klar, dass diese Materialien weder dem Akten-Bestand noch

26 Originale und Kopien vom *Mitteilungsblatt der österreichischen Freiheitsbewegung* befinden sich unter der Bibliothekssignatur 4063/23 (Bestand Illegale Flugblattsammlung) im DÖW.

27 Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien Nr. 3 vom 12.–18. Mai 1944. Vgl. auch Herbert Exenberger / Franz West / Ulrich Weinzierl / Siegwald Ganglmair, Die nationalsozialistische Besetzung Österreichs 1938–1945. Methoden und Objekte der Propaganda (Widerstand, Exil, Alliierte), in: Comité International Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale (Hrsg.), *La propagande pendant la Deuxième Guerre Mondiale*, Bucarest 1980, S. 80.

28 Ausgaben von *Der Österreichische Freiheitskämpfer* befinden sich unter der Bibliothekssignatur 4063/3 (Bestand Illegale Flugblattsammlung) im DÖW.

29 Herbert Exenberger, Presse im Widerstand von 1933 bis 1945. Das illegale Flugblatt, in: *Medien & Zeit* 4/2000, S. 60.

30 Ebenda.

der Bibliothek eindeutig zugeordnet werden können. Auch gab es noch keine präzisen Regeln, wie Einblattmaterialien zu katalogisieren sind. Wie schon eingangs erwähnt, stand die fachliche Auseinandersetzung damals erst am Anfang. Schlussendlich wurde die „Illegale Flugblattsammlung“ der Bibliothek als Spezialsammlung zugeordnet und mit einer Signaturengruppe innerhalb derselben versehen.³¹

In der Anfangszeit überließen Opferverbände wie der KZ-Verband dem DÖW des Öfteren Teile ihrer Bestände, in denen sich oft Flugblattoriginale befanden. Auch wurden dem DÖW immer wieder Nachlässe und Bestände als Schenkungen übergeben. Auch in diesen Konvoluten fanden sich manchmal relevante Einblattmaterialien. Parallel zu diesen eher zufälligen Erwerbungen konnte das DÖW, vor allem durch die guten Kontakte seines Gründers und langjährigen wissenschaftlichen Leiters Herbert Steiner, Kopien von Flugblättern aus österreichischen und internationalen Archiven – größtenteils aus der BRD, der DDR und der UdSSR – akquirieren.

Mitte der 1970er Jahre wurde vom Landesgericht für Strafsachen Wien der aus der Zeit des „autoritären Ständestaates“ stammende Gerichtsakten-Bestand „Verfahren gegen unbekannte Täter“ an das DÖW abgetreten. Die Akten waren aufgrund der immer wieder beiliegenden Flugblattoriginale von besonderem Interesse für die „Illegale Flugblattsammlung“. Die Übernahme stellte insofern einen Glücksfall dar, als kein Wiener Archiv Interesse an diesen Akten hatte und die Skartierung seitens des Landesgerichts unmittelbar bevorstand.

Derzeit umfasst die Sammlung knapp 10.000 Einheiten, bestehend aus Flugblättern, Flugschriften, Streuzetteln, Tarnschriften und illegalen Zeitungen. Eine eindeutige Einordnung in eine bestimmte Medienkategorie fällt schwer, da Medien beispielsweise sowohl als Flugblatt wie auch als illegale Zeitung kategorisiert werden können. Klar beantwortet werden kann hingegen die Frage, wie hoch der Anteil der Objekte ist, die sich auf den Zeitraum von 1933 bis 1938 bzw. auf den von 1938 bis 1945 beziehen. Etwa 70 % des Bestandes stammen aus der Zeit des „Ständestaates“, der Rest deckt den Zeitraum des NS-Regimes ab. Dieses zahlenmäßige Übergewicht lässt sich damit erklären, dass das austrofaschistische Regime in der Verfolgung seiner GegnerInnen nicht so rigoros vorging wie die nachfolgende Nazidiktatur. Der Anteil von Originalen in der Sammlung umfasst für die Zeit bis 1938 etwa 2100 Exemplare, für die Periode 1938 bis 1945 sinkt er auf etwa 300 Exemplare. Der Rest liegt in Kopie vor oder kann durch NS-Akten nachgewiesen werden.

31 Die Signaturengruppe der Flugblattsammlung beginnt bei 4000 und endet bei 4199. Die geringe Zahl von lediglich 200 Signaturen hat ein weitverzweigtes System von Untersignaturen nach sich gezogen.

Wenn die „Illegale Flugblattsammlung“ im Vergleich zu anderen Beständen des DÖW auch weniger genutzt wird, ist sie doch Gegenstand internationaler Forschungen. So recherchierte Klaus Kirchner³² in den Flugschriften der Alliierten, Heinz Gittig thematisierte Teile des Bestandes in seiner Tarnschriften-Bibliografie³³ und Eva Bliembach von der Staatsbibliothek zu Berlin recherchierte in den 1980er Jahren im DÖW zu Flugblättern des Nationalkomitees „Freies Deutschland“³⁴.

Ein sinnvolles Instrument für einen vereinfachten und effizienteren Zugang ist die Überführung des Zettelkatalogs in eine Datenbank und die Digitalisierung der Objekte, woran seit Januar 2007 gearbeitet wird. Ein Ende dieses Vorhabens ist derzeit noch nicht absehbar, Ziel ist es jedenfalls, dass dadurch unterschiedliche Zugänge zum Bestand eröffnet und dieser einer breiteren Öffentlichkeit auf einfache Weise zugänglich gemacht wird. Gleichzeitig werden die Originale durch die Digitalisierung geschont, da sie kaum mehr ausgehoben werden müssen.

32 Klaus Kirchner / Heinz Starkulla jr., Flugblätter aus der UdSSR. Nationalkomitee Freies Deutschland 1943–1945. Bibliographie, Katalog, Erlangen 1996; Klaus Kirchner, Wege und Ziele der Rekonstruktion von Kriegsflugblattserien. Vortrag anlässlich der Ehrenpromotion von Klaus Kirchner am 11. Juli 1991 im Senatssaal der Universität Wien., o. O. 1991.

33 Heinz Gittig, Bibliographie der Tarnschriften 1933 bis 1945, München 1996.

34 Eva Bliembach [Bearb.], Flugblätter des Nationalkomitees Freies Deutschland, Ausstellung, 29. September bis 2. November 1989, Katalog, Wiesbaden 1989.